

alle der Volkswirtschaftlichen Maßnahmen aus der Ukraine nach Russland ab. Bei New soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren peremant sein, auch die Zivilbevölkerung soll bewacht sein. — Die „Rostow Zeitung“ erzählt, haben die Truppen der Rada Charkow besetzt. Staatssekretär Dolomitsch hat ein Ministerium gebildet, das im Gegensatz zu der bisherigen Einigung der Ukraine, sich mit den Maximalisten zu verhandeln, kein einziges bolschewistisches Mitglied enthält. — „Denni-Tswekta“, das Organ des bulgarischen Kriegsministeriums, meldet in einem Privattelegramm aus Babadag: Die rumänischen Revolutionäre hätten sich der im Osten von Aila befindlichen Schiffe bemächtigt und das Donaudelta als neue Republik erklärt. Der Kommandant der russischen Donauflotte habe erklärt, Oessa werde sich mit allen Mitteln gegen eine Befehung Behauptung durch die Rumänen verteidigen. Die Donauflotte sei zu einer Unternehmung gegen die Rumänen bereit.

Krenlenko neuer Befehl. Nach einer Petersburger Meldung gab Krenlenko einen neuen Befehl aus demzufolge sämtliche Offiziere, die begnadigt oder entlassen wurden, sofort dieselben Posten und denselben Rang in der Armee einzunehmen, den sie vor der Revolutionierung der Armee hatten. In Petersburg hat sich ein Central-Exekutiv-Komitee gebildet, das noch besondere Einzelheiten für die Organisation der Roten sozialrevolutionären Armee ausarbeitet.

Entenscheide für die russische Rote Armee. Die Vertreter der englischen und französischen Regierung erklärten sich bereit, für den Fall, daß Russlands neue sozialrevolutionäre Armee den Kampf mit dem deutschen Imperialisimus aufnehmen sollte, sofort jede materielle und moralische Hilfe des ganzen Allierten-Verbandes den Russen zu gewähren. Alle Militär-Attachees, die sich teils in Joffa, teils in Rostow am Don aufhalten, würden sich dem russischen Hauptquartier sofort anschließen.

Die russischen Terroristen gegen Trotski. Das Petersburger Komitee der russischen Terroristen beschloß nach leidenschaftlicher Aussprache, der Pariser Presse zufolge, die Bestätigung des Todesurteils gegen Trotski und Angehörige Balabanow.

Die Vorgänge in Finnland.

Ein Aufruf der Bolschewiken. Die Bolschewiki-Regierung hat vorgestern nachstehenden offenen Aufruf abgedruckt: An alle! Einigen. An alle Schiffe, Kameraden, Arbeiter! Kein einziger soll seine Entlassung zur Referenz nehmen, so lange die bürgerliche weiße Garde von Finnland nicht vernichtet ist. Ihr Sieg ist der Nachteil unserer Revolution. Bewaffnung wird, in der nötigen Menge gefunden werden.

Die schwedischen Konservativen verlangen Schwedens Eingreifen. Die Schwedische Presse beschäftigt sich gegenwärtig sehr lebhaft mit der Frage, inwieweit Schweden eingreifen solle, um den Sieg der Anarchie in Finnland zu verhindern. Nachdem die Regierung erklärt hat, daß sie ein bemächtigtes Eingreifen für unmöglich hält, befürworten die Blätter der Rechten die Bildung eines Freiwilligenkorps und die Einfuhr von Waffen, um die für Ordnung einsetzenden Kräfte in Finnland zu unterstützen. „Stockholms Dagblad“ erklärt jedoch, daß die Regierung gegen die Einfuhr von Waffen, sogar gegen Waffendurchfuhr sei. Das genannte konservative Blatt, wie auch „Nya Dagbladet Aland“ und „Svenska Dagbladet“ wenden sich energisch gegen diese Anschauung von Neutralität. „Politiken“, das Organ der schwedischen Jungsozialisten, fordert die Arbeiter auf, für den Fall, daß die Bürgerlichen in Finnland durch schwedische Freiwillige unterstützt werden, ihrerseits der roten Garde zu helfen.

Schweden und die Alandsinseln. Wie verlautet, stehen in den nächsten Tagen in ganz Schweden große Kundgebungen für die sofortige Öffnung der schwedischen Flagge auf den Alandsinseln bevor. Ein Bewohner brachte das urkundliche Ergebnis der Volksabstimmung mit. Danach wünschen 99 Prozent der Bevölkerung die Rückkehr zu Schweden. Die Abordnung der Alandsinseln wurde am Sonntagabend im Schlosse des Königs empfangen. Nach Entgegennahme einer Adresse, die den Wunsch ausdrückt, daß die ehemalige Grafschaft Aland wieder mit Schweden vereinigt werden möge, sprach der König die Hoffnung aus auf Überwindung der noch bestehenden Schwierigkeiten im Einverständnis mit einem freien und selbständigen Finnland. — Aus Schweden wird die Nachricht bekümmert, daß die Russen die Alandsinseln räumen. Gegenwärtig sind nur noch 2000 russische Soldaten auf den Inseln, und auch diese rücken zur Abreise.

Der Standpunkt der englischen Kriegsdäuer.

Carlson sagte der Daily-Mail zufolge bei einem Frühstück der British Producers Organisation am 31. Januar: Die Zeiten sind nicht nur ernst, sondern kritisch, aber ebenso für unsere Feinde. Die große Frage ist jetzt, wer von beiden ausfällt. Die Deutschen vertrauen nicht so sehr auf ihre militärische Überlegenheit wie auf die Tatsache, daß sie eine wohl disziplinierte Nation sind. Es würde ein verhängnisvoller Tag für die Freiheit und die Zivilisation der Welt sein, an dem sich herausstellte, daß die Demokratie bei der ganzen Probe nicht auf der Höhe war. Lassen Sie uns die Nation nicht in zwei Lager teilen, als ob sie aus Leuten bestünde, die den Krieg, und solchen, die den Frieden wollen. Wir wollen alle den Frieden. Aber wir haben zu bedenken, daß ein großer Unterschied zwischen einem wirklichen Frieden und einem Nichtwertfrieden ist. Ich gehöre zu denen, die meinen, daß keine Gelegenheit ungenutzt vorüber gelassen werden dürfte, die den Krieg zu einem erfolgreichen und ehrenhaften Ende bringen kann. Aber in den Reden, die wir unlängst von Deutschland und auch von Oesterreich hörten, sehe ich keine Annäherung unserer Feinde an einen ehrenhaften bleibenden Frieden. Solange unsere Feinde beanspruchen, was im Grunde die Auflösung des britischen Reiches bedeutet, solange sie von solchen Dingen träumen, wird dieses Land bis zum letzten Nagel nichts damit zu tun haben wollen. Carlson sprach sodann von den Ausgaben nach dem Kriege, die er als lokal bezeichnete. Die ganze Welt werde um die Rohstoffe kämpfen. Die Frage werde sein, ob England nicht seinen Alliierten oder die Feinde sie erzielten. Aber das müßte, gleichgültig was geschehe, England und seine Bundesgenossen sein. Sie kontrollierten praktisch die Märkte für Wolle und Baumwolle. Der Präsident der deutschen Textilindustrie habe zugegeben, daß die deutsche Textilindustrie zu Grunde geben würde, wenn die Alliierten die Kontrolle über die Baumwolle in die Hand nehmen. Da warum denn nicht? Das möge unehrlich klingen; aber das sei nicht zu ändern. (Gelächter und Beifall.) Dasselbe gelte für die Mineralien. Man habe die Gelegenheitsvorteile betreffend den Metallhandel kritisiert, da sie den Handel beeinträchtigen. Wessen Handel? Den Deutschlands. Da solle denn England zugeben, daß dieser Handel wieder in deutsche Hände käme, damit die Deutschen Kanonen und Bomben gegen England anfertigen? Dabe man je solche Karreire gehört? Die Engländer würden Narren oder Verbrecher sein, wenn sie nicht rückhaltlos das Volk darüber anklärten.

Ein englischer Warner.

H. G. Gardiner schreibt in den „Daily News“ u. a.: Die Welt stürzt sich dem Niagarafall mit einer Wucht entgegen, die sie täglich und stündlich vergrößert. Wenn

menschen die Welt eine Kontrolle über die Ereignisse ausübt und maßlos Unglück verhindert werden soll, dann muß sie jetzt handeln. Die Tragödie einer Zeit des Verfalls, wie die letzte ist, daß die Ereignisse zu schnell für uns sind. Es sei Sache der Staatsmänner, die Bedeutung dieser Entwicklung zu verstehen und ihren Lauf zu kontrollieren, bevor es zu spät sei. Um dies zu tun, müssen die Staatsmänner wissen, was sie wollen und was zu erreichen möglich sei.

Weitere Kriegsnachrichten.

Norwegens Antwort auf die amerikanischen Vorschläge. Die Antwort der norwegischen Regierung auf die Vorschläge des amerikanischen Handelsministeriums bezüglich der Zulassung der Vereinigten Staaten nach Norwegen ist Sonntag in Kristiania veröffentlicht worden. Die Antwort betont den festen Willen des norwegischen Volkes, neutral zu sein. Norwegen könne darum in seiner Handelspolitik keine Verbindungen mit einem der Kriegführenden nicht abbrechen, ohne befürchten zu müssen, daß die Neutralität in der Allgemeinheit nicht aufrecht erhalten werden könne. Norwegen habe die berechtigte Forderung, daß dem Lande nicht das schäbliche Brot vorenthalten und das Land dadurch vor die Wahl zwischen einer vollständigen Notlage oder einem Vertrage gestellt werde, der eine Gefahr für seine Neutralität möglicherweise den Krieg bedeutete. Die Antwort betont ferner, daß Norwegen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Alliierten bedeutende Vorteile geleistet habe, besonders durch die Schifffahrt unter großer Aufopferung von Menschenleben und Schiffen. Norwegen werde sich nicht ohne große Schwierigkeiten verpflichten können, Deutschland nicht Schwefel, Calciumcarbid, Calciumnitrat usw. zu liefern, da Deutschland bezüglich dieser Waren ein alter Kunde Norwegens gewesen sei. Die Antwort erklärt schließlich, Norwegen habe versucht, den Vereinigten Staaten entgegenzukommen, insofern es die Lebensinteressen des Landes zuliehe. Norwegen habe den größten Teil seiner Ausfuhr angeboten, um die für seine nationale Gesundheit und Produktivität notwendige Zulieferung zu bekommen.

Volksabstimmungen für den Rat in Flandern. Das Zentralflämische Pressebureau meldet: Die flämischen Volksabstimmungen für den Rat von Flandern geben ihren normalen Gang. Bisher fanden in ungefähr 100 wichtigen Mittelpunkt des flämischen Landes große Volksversammlungen mit vielen Tausenden vor Zellnehmern statt. Einbruchspol vor allem gestalteten sich die Kundgebungen in Gent, Brüssel, Antwerpen, Leuven und Lokeren. In Gent bewegte sich ein Zug von 8000 bis 10000 Personen durch die Stadt nach dem Freitagmarkt, wo das Standbild des Jakob von Armentiers, des größten flämischen Volkshelden, durch die begeisterte Menge mit Blumen geschmückt wurde. Die Stadt Antwerpen bot am 3. Februar den Anblick eines eckigen belgischen Wabittages, bei dem es nach Landesbrauch nicht ohne Handgreiflichkeiten abging. Die flämische Bevölkerung vermochte freilich trotz aller Kraftverwendung den großen flämischen Kundgebungszug, dem die große Menge der Bevölkerung sichtlich zustimmte, nicht zu vereiteln.

Bolschewistische Propaganda in Paris. Nach einer Meldung des „Figaro“ ist in Paris ein Beauftragter der bolschewistischen Propaganda, die die Ideen der Maximalisten in Frankreich zu verbreiten haben, verhaftet worden. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Der belgische General Leman bei Poincare. Poincare empfing den belgischen General Leman, der als Auswärtiger Gesandter der Schweiz eingetroffen ist. Der Präsident überreichte ihm das Großkreuz der Ehrenlegion. Der General Leman hat es während seines Pariser Aufenthaltes von Anfang an abgelehnt, den Vertretern der Presse seine Eindrücke in Deutschland mitzuteilen. Er erklärte den französischen Journalisten ganz offen, er wolle nichts sagen, weil er aus Erfahrung wisse, daß sie seine Worte doch entstellen würden.

Verhaftung früherer griechischer Minister. Der „Secolo“ meldet aus Athen, daß zahlreiche Anhänger des Königs, darunter die früheren Ministerpräsidenten Skulidis und Lambros und der Oberhofmarschall Pflanti verhaftet worden sind.

Der Prozeß Volo-Pascha in Paris. Wie Havas meldet, begann am Dienstag in Paris vor dem dritten Senat des Kriegsgerichts der Prozeß gegen Volo Pascha, welcher vor Gericht gestellt worden ist unter der Beschuldigung, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dessen Unternehmen zu fördern. 1. In der Schweiz in der Person des Abheiden von Ägypten Abbas Dilm und Yusuf-Pascha; 2. in Paris, indem er von Casanini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Abheide geschickt worden war, um eine freundschaftliche Bewegung hervorzurufen; 3. in den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe ausstellen ließ zu dem Zweck, eine Werbung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen; 4. in Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des „Journals“ zahlte. Casanini wird beschuldigt, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dem Feinde Vorlauf zu leisten, indem er Volo Pascha eine Geldsumme übermittelte und verleihte, die Anklagen des „Figaro“ mit Summen, die von Deutschland stammten, zu kaufen. Prozedere wird der Teilnahme an verhandelten der oben genannten Straftaten beschuldigt. Die Verteidigung beantragt, als Zeugen zu laden: Sadiq Pascha, Abbas-Dilm Pascha, den Grafen Romanones und den Amerikaner Hearst. Der Regierungskommissar Morner erwidert, die an diese Zeugen abgeforderten Telegramme seien unbeantwortet geblieben. Das Gericht verwarf daher die von der Verteidigung beantragte Vertagung des Prozesses. Darauf verlas der Berichtschreiber die Anklageschrift, welche u. a. besagt, daß v. Jagow die erforderlichen Geldmittel geliefert habe. Nach der Marinekollision habe Deutschland erkannt, daß der brutale Angriff nicht zum Ziele führen würde. Es habe daher eine Annäherung an Frankreich gewünscht, um England zu besiegen. Es habe daher die öffentliche Meinung für einen Sonderfrieden vorbereitet müssen. Der Feind habe sich entschlossen, große Geldsummen zu bringen. Deutschland wolle auf Parlament und Presse Einfluß ausüben durch pessimistische Nachrichten, die in geschickter Weise durch im Solde Deutschlands stehende Agenten verbreitet werden sollten, um Verwirrung anzustellen und den vaterländischen Einklang in Paris zu stören.

In den Aufschuldigungen gegen Painleve. „Devoir“ zufolge erklärte ein Freund Painleves, die Einstellung der Apriloffensive im Vorjahren durch Niwolle sei erfolgt, da bereits am 16. April 1917, 9 Uhr vormittags, festgestanden habe, daß die Durchbruchsoffensive erfolglos verlaufen sei und keine Aussicht auf erfolgreiche Wiederaufnahme bestanden habe. Niwolle habe am 17. April, 12 Uhr vormittags, den Befehl erteilt, die Offensive auf der gesamten Front einzustellen. Die folgenden Offensivhandlungen Anfang Mai seien nur noch örtliche Unternehmungen gewesen. Die Regierung habe sich in keiner Weise in die Führung der Operationen gemischt, sondern diese vollkommen dem Oberkommando überlassen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über den Anbau von Bäckerrüben und das Brennen von Rüben im Betriebsjahre 1918/19.

Das Glöckchen für Raucher. Unter dieser Stichmarke schreibt der „D. L. A.“: Daß dem Tabak „Erbsenbitter“ beigemischt werden, hat der Bundesrat bekanntlich schon vor einiger Zeit erlaubt und dabei wohlwollend auf Dopfen und Buchenlaub hingewiesen. Jetzt hat der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzamt ein übriges getan. Er gestattet, daß Tabakmischungen noch als Tabak bezeichnet werden, wenn der Tabak mehr als 5 v. H. des Gesamtgewichtes ausmacht. 94% v. H. können also Unkraut jeder Art sein, wenn 5% v. H. Tabak dazu kommt. Dann abelt dieser beschriebene Zusatz das ganze übrige Gemisch. Ob dieser Nachricht werden die Raucher ihr Gesicht, die übrige Menschheit wenigstens die Nasen verkränken.

Dertliches und Sächsisches.

Miela, den 6. Februar 1918.

— **Ausscheidung.** Dem Feld-Intend. H. Richter, Matregistriator und Stabsbedienter beim Rate der Stadt Miela, und dem Unteroffizier Erich Müller, Sohn des Herrn Waz Müller (Verbrauerei), wurde das Eisenerz Kreuz 2. Klasse verliehen.

— **Wohltätigkeitskonzert.** Die Künstler, die gestern zum Besten der Ortsgruppe Miela des Frauenbundes 1914 und des Jugendbundes bei uns konzertierten, sind nicht nur durch ihre trefflichen Leistungen, sondern auch durch ihr selbstloses, in schwerer Zeit dem Wohle des Vaterlandes dienendes Wirken über das Weichbild der sächsischen Residenz bekannt geworden. Im Musikleben Dresdens begegnet man ihren Namen oft, sobald auch die Konzertbesucher Mielas von vornherein der Veranstaltung reges Interesse entgegenbrachten. Der Saal war deswegen von einer beifallsfreudig gestimmten Menge dicht gefüllt. Elise Müller-Rigler spielte trotz Indisposition die Hubdresdnerin. An der stark innerlichen Gestaltung des Geistesinhaltes besonders der Lieder von Schubert und Cornelius, an der sorgfältigen Behandlung der Dynamik und Atmung erkannte man die geschickte Dresdner Gesangspädagogin wieder. Nur gehören die Variationen über ein Thema von Chopin eher in den Lebens- und Prüfungs-, als in den Konzertsaal. Mit hervorragender Eleganz der Haushaltung und Anwendung aller technischer Spielmittel, wie Cantilene und Armrollung, interpretierte Hennrich Schütz den „Grieg und Liszt (Nocturno Nr. 3 aus „Liebesträume“). Die Vorträge eines sinnig gewählten und präzisem Spieltes kamen in dem am Schluß wiedergegebenen Mendelssohn-Bartholdyschen Triosake Motto allegro et agitato aus Op. 49) besonders schön zur Geltung. Von Alfred Weller's Instrumental haben wir in den Konzertangelegenheiten Wunderdinge gehört; aber auch seine künstlerischen Fähigkeiten und vor allem sein spürbarer Fleiß sind entsprechend hoch einzuschätzen. Energievolle Vogenführung und fette Tongebung gaben ihm an seinem geistigen 30. Geburtstage namentlich in Stücken langameren Zeitmaßes, wie im „Häolo des hier und in der Umgegend schon mehrfach gehörten G-Moll-Konzertes von Bruch, des bekanntesten von drei gleich wertvollen Konzerten des nun achtzigjährigen Meisters, Gelegenheit zur Entfaltung eines schönen Spielers. Für Richard Wagner war es nicht leicht, die Erinnerungen an Julius Meißner, der vor wenigen Wochen Holtermann's A-Moll-Konzert hier gespielt hatte, zu verwischen. Er spielte die zwei Sätze in der Umfassung mit spürbarer Anteilnahme und hervorragendem Können auf seinem ebenfalls sehr schönen Instrument. Eine in jeder Beziehung treffliche Einleitung gab die Ouvertüre zu Weber's „Euryanthe“, die wie die früheren Konzertbegleitungen den Ruf der Pionierkapelle und ihres Leiters F. Himmler von neuem erweckte. Dem Frauen- und Jugendband dürfte eine beträchtliche Summe als Reinertrag der wohltätigen, als Konzert etwas lang geratenen Veranstaltung zuzuflehen.

— **Die erste Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins Miela und Umgebung** wurde am 5. Februar im Café Widius abgehalten. Der Verein zählt 135 Lieferantinnen und 44 häusliche Mitglieder. Der Umsatz an Waren ergab bis zum 31. Dezember 1917 ca. 43000 Mk. Um einen kleinen Ueberblick zu geben, was durch den Verein der Stadt an Nahrungsmitteln in der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dez. 17 zugeführt wurde, zeigen nachstehende Angaben: 6767 St. Eier, 86 St. Hühner — 414 Pfd., 41 St. Enten — 194 Pfd., 6 St. Gänse — 57 Pfd., 472 Tauben, 3198 kg Spinat und Mangold, 604 kg Sellerie, 8130 kg Weizkohl, 1995 kg Wirtskohl, 1471 kg Rotkohl, 160 kg Grünkohl, 7450 kg Mören, 9348 kg Kürbis, 3903 kg Karotten und Mören, 3457 kg Tomaten, 4103 kg Spinaterbsen, 807 kg Erbsen und Bohnen, 3958 kg Kohlrabi, 364 kg Stangenporgel, 1793 St. Stofsalat, 1120 kg Quark, 86 kg Pomte.

— **Arthur Wenzel,** der Meister des deutschen Volkshumors, veranstaltet kommenden Sonntag und Sonntag im Saale der „Elbterrasse“ weitere Faschingabende, welche recht unterhaltend zu werden versprechen. (Siehe das heutige Inserat.)

— **Zum Mitglied der Ersten Kammer** ist von den Rittergutsbesitzern des Markgrafentums Oberlausitz der Generallieutenant Hempel auf Oborn einstimmig gewählt worden.

— **Landgericht.** Vor der dritten Strafkammer des Dresdner Hgl. Landgerichts hatte sich die in Miela wohnende Schlosserseebehrin G. wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Chemann der Angeklagten ist im Eisenwerk zu Gröba beschäftigt. Im Juli v. J. hatte die G. auf einem von dem Stadtrat in Miela ausgestellten Ausweis über eine Vorion Offen aus der dortigen Volksschule eine Fälschung vorgenommen und daraus zwei Vorionen Eisen erhalten. Die Angeklagte befand sich damals in bedrängten Verhältnissen. Das Gericht hielt nach Lage der Sache 3 Tage Gefängnis als ausreichende Sühne.

— **Interpellation über die Ausstände.** Die unabhängige sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, wie die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, in der Zweiten Ständekammer folgende Interpellation eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß, wie im Reich, so auch in Sachsen zahlreiche Demonstrationen für den Frieden sowie für andere politische Forderungen und für bessere Regelung der Ernährungsfrage stattfanden? Kennt die Regierung die einzelnen Forderungen der Streikenden und ist sie gewillt, im Sinne dieser Forderungen zu wirken? Willigt die Regierung das Vorgehen der Generalkommandos gegen die Streikenden?

— **Bezugscheine für Schuhe.** Man schreibt und: Bekanntlich hat die Knappheit an Leder und sonstigem Material zu einer sehr starken Einschränkung in der Herstellung von Schuhen geführt. Infolgedessen ist es vielen Besitzern von Bezugscheinen für Schuhe nicht möglich, ihren Bedarf zu decken. Und diesem Mangelzustand zwischen der Zahl der ausgegebenen Bezugscheine und der Menge der vorhandenen Schuhwaren ergeben sich Unzulänglichkeiten, deren Beseitigung im allgemeinen Interesse liegt. Die zuständigen Stellen planen daher eine Neuverteilung der Schuheverteilung, bei der die Ausgabe von Bezugscheinen in Uebereinstimmung mit dem Umfang der Erzeugung von Schuhen gebracht werden soll. Ueber den einschlagenden Weg legen einflussreichen noch keine Entscheidungen vor. Es ist vorzuziehen, den einzelnen Orten ein Kontingent von Bezugscheinen zuzuteilen, über das hinaus Bezugscheine nicht ausgegeben werden dürfen. Die Zahl der Bezugscheine, die in einem Ort ausgestellt werden dürfen, hätte sich dann nach der Belieferung des Ortes mit Schuhwaren zu richten. Dabei wählte aber